

**Ergänzungs- und Änderungsvorschlag aus Sicht der Bundes-SGK zum
Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD**

**Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK
vom 04. Mai 2007**

Der Bremer Entwurf des Grundsatzprogramms der SPD greift aus kommunalpolitischer Perspektive eine Reihe bedeutsamer Fragen auf. Dazu zählen nicht nur wichtige fachliche Fragen von der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzdebatte, einer ökologischen Industrie- und Wirtschaftspolitik bis zur Frage der Bildungspolitik, der Integrationspolitik, „guter Arbeit“ und dem vorsorgenden Sozialstaat. Auch in den allgemeinen Aussagen zum Politik- und Staatsverständnis der SPD, wie der Vorstellung einer demokratischen Bürgergesellschaft, spielen die Kommunen eine zentrale Rolle.

So enthält der Entwurf im Kapitel 4.3 „Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat“ einen eigenen Unterabschnitt „Starke Kommunen“ und in dem Kapitel 4.6 „Vorsorgender Sozialstaat“ wird in einem eigenen Unterabschnitt „Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen“ die Bedeutung einer Stadtentwicklungspolitik der Sozialen Stadt hervorgehoben: „Eine vorsorgende Sozialpolitik orientiert sich an Sozialräumen. Wir erkennen diese Sozialräume als Handlungsfelder und bündeln dort Maßnahmen aus verschiedenen Politikfeldern, um den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten und zu fördern. Daher praktizieren wir eine Stadtteilentwicklungspolitik der Sozialen Stadt. ...“

Unabhängig von der im letzten Absatz des Unterabschnitts „Der soziale Bundesstaat“ des Entwurfs unterstrichenen Position der Unterstützung strukturschwacher Regionen durch solidarische prosperierende Räume und die Orientierung sozialdemokratischer Politik am Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse, schlägt die Bundes-SGK vor, dass Thema „Entwicklung ländlicher Räume“ nicht dem Thema „Nachhaltiger Fortschritt“ in Kapitel 4.9 unterzuordnen. Die Frage nachhaltigen Fortschritts stellt sich für Städte und Gemeinden in allen Raumkategorien.

Deshalb sollten die wesentlichen Aussagen der beiden Absätze unter der Unterüberschrift „Entwicklung ländlicher Räume“ in den Unterabschnitt „Starke Kommunen“ im Kapitel 4.3 überführt werden.

Die Bundes-SGK hält es darüber hinaus für wichtig, die Verantwortungsgemeinschaft von Kommunen in regionalen Zusammenhängen zu betonen, die sowohl Kernstädte als Metropolen als auch ländliche Räume umfassen. Es gilt, einen überholten Gegensatz von Stadt und Land zu vermeiden. Dieses entspricht auch den Leitbildern der Raumentwicklungspolitik der Ministerkonferenz für Raumordnung und den Positionen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Es sollte herausgestellt werden, dass sich die Sozialdemokratie für eine Regionalpolitik kooperierender Kommunen einsetzt, um die jeweiligen regionalspezifischen Handlungserfordernisse so gut wie möglich zu bewältigen.

Deshalb schlägt die Bundes-SGK folgende Ergänzung unter der Unterüberschrift „Starke Kommunen“ im Kapitel 4.3 als neuen zweiten Absatz mit neuer Unterüberschrift vor:

„Starke Kommunen – Vielfalt der Regionen“

Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. ... Es ist die kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer jeweils einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

„Die Kommunen in Deutschland zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Menschen vielfältige Perspektiven für die Realisierung ihrer unterschiedlichen Lebensentwürfe bieten. Dieses gilt für Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen in gleicher Weise wie für Kommunen in Metropolregionen.“

Das Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume ist die wirtschaftliche Stärkung der Regionen, die Erhaltung und Schaffung einer geeigneten Infrastruktur und die qualitätsvolle Entwicklung der Kulturlandschaft. Viele ländliche Regionen besitzen eigenständige Entwicklungspotenziale, wie den Tourismus oder neu entstehende Märkte für nachwachsende Rohstoffe.

In den Metropolen geht es insbesondere um die Stärkung und Weiterentwicklung internationaler Verflechtungen und die Entwicklung kultureller und wissensorientierter urbaner Milieus als Schrittmacher der modernen Informations-, Kommunikations- und Mediengesellschaft.

Das Selbstverständnis der Kommunen als Bestandteil einer Region muss gestärkt werden. Die Bewältigung der Herausforderungen und Aufgaben bedarf der Kooperation, Arbeitsteilung und neuer regionaler Verantwortungsgemeinschaften von Kommunen in ländlichen Räumen und den Verdichtungsräumen der Metropolen.“

Kommunen können auf lokale Besonderheiten besonders gut reagieren.(weiter wie bisher)